

Politicum

Das Magazin der Fachschaft
Politik & Soziologie



**Lage und Einfluss der
Politikwissenschaft**



Liebe Leserinnen
und Leser,

willkommen zur
neuen Sommerausgabe
des Politicum (die
Ihr hoffentlich nicht
im strömenden Regen
lesen müsst)!

Dieses Mal werfen wir einen Blick auf ein uns
gut bekanntes Fach - die Politikwissenschaft.

Welchen Einfluss hat das Fach heute und wie
sieht sein Verhältnis zur Öffentlichkeit aus?
Welche Anwendungsfelder gibt es außerhalb
des Studiums und welche Perspektiven bietet
eigentlich die Wissenschaft? Hierzu äußern sich
Prof. Dr. Decker und eine Bachelor-Studierende
aus dem 2. Semester. Im Essay-Teil erwarten
Euch zwei Beiträge zur anstehenden Präsidenten-
schaftswahl in den USA, die jeweils die Hinter-
gründe von Donald Trump und Hillary Clinton
beleuchten. Auch das spannende Dozentenin-
terview mit Prof. Dr. Albrecht zur Rolle der So-
ziologie und die Meinungstexte solltet Ihr Euch
nicht entgehen lassen. Den Abschluss bildet das
Thema Evaluation am Institut.

Vielen Dank an alle, die dieses Mal an der Ge-
staltung der Ausgabe mitgewirkt haben! So war
es mir möglich, vieles aus der Ferne vorzuberei-
ten. Mit Blick auf die anstehende Master-Arbeit
muss ich das Politicum im kommenden Semes-
ter jedoch leider abgeben.

Ich wünsche meinem Nachfolge-Team alles
Gute für die Arbeit in dem Referat und bin
schon auf das nächste Politicum gespannt.

Wie immer könnt Ihr Euch in Zukunft jederzeit
bei Eurer Lieblingsfachschaft melden, wenn Ihr
Lust habt, Euch an der Zeitschrift zu beteiligen.

Viel Spaß beim Lesen!

Aileen Völlger

Inhalt

- 4 Ohne Worte**
antwortet Hendrik W. Ohnesorge
- 6 „Massiven Einfluss hat die
Soziologie auf gesellschaftliche
Diskurse, aber ich bin mir nicht
sicher, ob es ein guter ist.“**
Prof. Dr. Clemens Albrecht im Interview
- 10 Titelthema - Lage und Einfluss der
Politikwissenschaft**
Im Gespräch mit Prof. Dr. Frank Decker
- 13 Endstation Politikwissenschaft?**
- 14 Auf den Spuren der
internationalen Rechtsprechung**
Ein Exkursionsbericht über Den Haag
- 16 Point of View
- Wahlkampf in den USA**
Das Zoon politikon Hillary Clinton
& Trump – ein unterschätzter Verführer?
- 20 Drei Themen, drei Meinungen**
- 24 Die Evaluation - eine Pflichtübung
für das Ministerium?**

Impressum



Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,

wir sind Katharina und Janosch und seit Juni der neue Vorsitz. Wir sind beide im vierten Semester des Bachelors und freuen uns auf das kommende Jahr. Zunächst bedanken wir uns bei Julius Rittersberger für seine Arbeit im vergangenen Jahr als stellvertretender Vorsitz. Wir freuen uns, dass Du uns weiterhin als Teil der Fachschaft Politik und Soziologie erhalten bleibst.

Zu Beginn des Sommersemesters 2016 stand die obligatorische Sause unter dem Motto „We make Party great again!“ im Aprtmnt an. Auf zwei Floors wurde der Start des Semesters bis in die frühen Morgenstunden ausgiebig gefeiert. Auch wenn die Party ein voller Erfolg war, so sollten die kommenden Wochen mehr den politisch inhaltlichen Schwerpunkt setzen. Gestartet wurde mit der Exkursion nach Den Haag. Dort besuchten wir neben dem International Criminal Court, den Permanent Court of Arbitration und das International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia. Ein Besuch am Strand sowie eine

idyllische Grachtenrundfahrt komplettierten das Programm und trugen zu einer gelungenen Exkursion bei. Ende Mai startete die Ringvorlesung zum Thema Lateinamerika: Einsichten und Ausblicke mit dem Fokus auf Migration, Gewalt und Waffen in Kolumbien. Ein weiteres Thema wurde im Juli beleuchtet, in dem der Drogenhandel vs. Drogenlegalisierung im Mittelpunkt stand. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und nicht zuletzt dank der tollen Referentinnen und Referenten ein voller Erfolg.

In Kooperation mit der Fachschaft Geschichte wurde erstmalig ein Symposium ins Leben gerufen, das allen Studierenden die Möglichkeit bot, ihre Arbeiten vorzustellen und vor einem Publikum zu präsentieren. Darüber hinaus wurde das traditionelle Fußballturnier veranstaltet. Neun Mannschaften, bestehend aus Studierenden, Geflüchteten und Lehrenden, traten gegeneinander an und sorgten für einen sportlich fairen Wettkampf. In Zusammenarbeit mit dem Mentoren-

rat konnten wir auch dieses Semester wieder das Forum Beruf zur Orientierung für die spätere Berufswahl anbieten. Im Anschluss fand das Sommerfest der Fachschaft statt und läutete gleichzeitig die Vorbereitung auf die Klausur- und Hausarbeitsphase ein. Falls wir Euch hiermit neugierig gemacht haben: Für alle Motivierten unter Euch, die sich in der Fachschaft engagieren möchten, kommt einfach zu einer unserer Sitzungen vorbei! Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr (c.t.) im großen Übungsraum. Außerdem sind wir für Euch montags bis donnerstags jeweils von 12 bis 13 Uhr in unserem Büro in der Lennestraße 27 erreichbar. Auch in der vorlesungsfreien Zeit besteht mittwochs von 12 bis 13 Uhr die Möglichkeit, mit Euren Fragen vorbeizukommen.

Viel Spaß beim Lesen des Politicum wünschen Euch im Namen der gesamten Fachschaft,

Katharina Hueske
& Janosch Ptassek

Ohne Worte

Name: Hendrik W. Ohnesorge, M.A.
Geboren: 2. Juni 1988 in Göttingen
Ausbildung: Bachelor-Studium „Politik und Recht“
an der Universität Münster, Master-
Studium „Deutsche, Europäische und
Globale Politik“ an der
Universität Bonn
Beruf: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Center for Global Studies, Lehrstuhl
für Internationale Beziehungen an der
Universität Bonn
Status: Doktorand



Mit welchem Gesichtsausdruck
verfolgen Sie die
täglichen Nachrichten?



Welche politische Persönlichkeit
hätten Sie gern einmal getroffen?



Sie dürfen in die Rolle einer Romanfigur
schlüpfen. Welche wäre es?

von **Nora Benz** und **Aileen Völlger**



Wie ist ein Mensch, der das
komplette Gegenteil von Ihnen
darstellt?



Wo sehen Sie sich in
zehn Jahren?



Was genau gefällt Ihnen an
Bonn?



Ihre Lieblingsaktivität am
Wochenende?

„Massiven Einfluss hat die Soziologie auf gesellschaftliche Diskurse, aber ich bin mir nicht sicher, ob es ein guter ist.“

Seit dem Sommersemester 2016 lehrt Prof. Dr. Albrecht Soziologie an unserem Institut. Wir sprachen mit dem Kulturosoziologen über seine Forschungsschwerpunkte und -interessen.

von Jennifer Bickhofe und Hannah Welter

Schön, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Sie waren ja lange als Professor in Koblenz tätig und sind seit kurzem in Bonn. Haben Sie sich gut eingelebt?

Abgesehen davon, dass ich noch keine Möbel im Arbeitszimmer habe, zwischen den Kisten lebe, abgesehen davon, dass meine Hängeregister noch nicht im Hängeregisterschrank sind, sondern in den Kisten, abgesehen davon, dass noch verschiedene andere Dinge einzurichten sind: Ja - sehr gut eingelebt.

Was würden Sie sagen, worin der wesentliche Unterschied in der wissenschaftlichen Ausrichtung in unserem Fachbereich Soziologie zwischen der Universität Bonn und Ihrer ehemaligen Universität Koblenz liegt?

In der wissenschaftlichen Ausrichtung kann man dies gar nicht so sehr sagen, weil es auch in Koblenz im Prinzip zwei Professuren in der Soziologie gab. Das heißt, zwei Professuren müssen mehr oder weniger das ganze Fach abdecken. Auch in Koblenz habe ich im Großen und Ganzen für den Theoriebereich gestanden, wie hier auch, allerdings war mein Kollege in Koblenz ein qualitativ arbeitender und kein quantitativ arbeitender Sozialforscher, das ist vielleicht ein kleiner Unterschied. Die Unterschiede zeigen sich weniger in der Aufteilung, dass ich von einem ganz großen soziologischen Institut in ein ganz klei-

nes komme und in dem ganz großen viele, viele Spezialbereiche waren. Die Unterschiede zeichnen sich eher in der Tatsache ab, dass ich in Koblenz hauptsächlich in Bachelorstudiengängen gelehrt habe und in Bonn hauptsächlich in dem Masterstudium. In Koblenz hatte ich fünf Studiengänge zu bedienen, hier in Bonn habe ich zwei. Das ist schon mal ein wesentlicher Unterschied.

„Was sind die großen Fragen aus soziologischer Perspektive? Die sind natürlich: Geht es mit der Globalisierung so weiter, wie es weiter gegangen ist? Sind wir in Phasen der Refragmentierung?“

Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen qualitativer und quantitativer Forschung?

Beide haben ihre jeweilige Berechtigung, beide müssen kooperieren, damit Ordentliches zusammenkommt. Wir brauchen beides im Fach, denn Soziologie ist eben diejenige Wissenschaft, in der kein Methodenimperialismus in einer dieser beiden Richtungen stattgefunden hat. Insofern finde ich es wunderbar, wenn beide zufrieden sind und miteinander zusammenarbeiten können. So soll es sein.

Obwohl es auch Unis gibt, wo eine Methode stärker vertreten ist als die

andere oder wo sich tatsächlich die Parteien gegenüber stehen und sagen: "Meine Methode ist die Richtige."

Ja, das gibt es immer wieder, aber da muss man drei Formen unterscheiden. Also zur ersten Form gehören diejenigen, die das behaupten, aber nicht ganz ernst meinen, was sozusagen Teil eines akademischen Spiels und sehr lustig ist. Die zweite Ebene ist diejenige, bei der die Leute sich wohl darüber im Klaren sind, wo die spezifischen Grenzen ihrer jeweiligen Methode sind und die dritte ist diejenige, bei denen die Leute das wirklich ernst meinen. Aber merkwürdigerweise kenne ich nur Fälle, in denen das ganze Institut so denkt, aber eben nicht ein Einzelner. Denn wo es wirklich ernst gemeint wird, dass es nur eine Richtung in der Soziologie geben kann, da wird das gesamte Institut durch die größere Macht relativ schnell imperialisiert und es wird auch nur derjenige berufen, der in einer ähnlichen Art und Weise denkt. Insofern erledigt sich der Gegensatz auch relativ schnell.

An welchen Forschungsprojekten arbeiten Sie im Moment?

Wo fange ich an, wo höre ich auf? Als allererstes habe ich hier noch ein DFG-Projekt aus Koblenz mitgebracht, da geht es um apokalyptische Revolutionen und ihre Bedeutung für Wissensfelder. Um was geht es dabei: Wir haben beobachtet, dass es 2012 diese

Weltuntergangsbewegung - Stichwort Maya-Kalender - gab. Vielleicht erinnern Sie sich ein bisschen daran. Die haben wir untersucht, weil wir das ganz spannend fanden. Maßgeblich inspiriert hat uns dabei ein Buch von einem Historiker namens Johannes Fried „Der Aufstieg aus dem Untergang“. Er hat behauptet, dass die wesentlichen Wissensrevolutionen in der abendländischen Geschichte immer von apokalyptischen Bewegungen begleitet waren.

Im Kern fragen wir, ob es heute auch noch so ist. Der Grundgedanke ist immer ungefähr gleich: Wir haben die Wissensordnungen und da gibt es das Zentrum des wohletablierten Wissens, das alle anerkennen und da gibt es eine Peripherie von nicht anerkanntem Wissen, das um die Anerkennung ringt. Das waren im Mittelalter Häretiker, das waren alle Geheimlehren und ähnliche Dinge. Dieses Zentrum sowie diese Peripherie kann man heute auch wieder beobachten und die Frage ist, ob durch apokalyptische Bewegungen das Zentrum in irgendeiner Art und Weise so erschüttert wird, dass in der Nachfolge die Peripherie eine Chance hat. Ganz konkret gab es um die 2012 Bewegung hier in Deutschland eine Reihe von, heute würde man sagen Esoterikern - obwohl sie sich selbst natürlich nicht als Esoteriker verstehen - die behauptet haben, dieses Phänomen erklären zu können. Nicht weil sie erwartet haben, dass der Weltuntergang tatsächlich kommt, sondern, dass mit dem Weltuntergang eine größere Transformation der Bewusstseinsform zusammenhängt. Das haben sie mit

unterschiedlichen Theorien erklärt und so gab es eine Reihe von Wissensfeldern, die sich an diese apokalyptische Bewegung angehängt haben.

Ich nenne nur eine große apokalyptische Bewegung - das Christentum. Die hatten auch die Erwartung, die Welt geht unter. Die Welt ging aber nicht unter, dennoch fing danach die eigentliche Missionsgeschichte an. So ähnlich erwarten wir das auch. Und dann geht



es um ganz merkwürdige Dinge, um instrumentelle Transkommunikation wie zum Beispiel Tonbandstimmen. Wenn Sie zum Beispiel diese Aufnahme genau und lange genug abhören, dann wird man Botschaften in dem Rauschen und noch andere Stimmen hören. Das ist sozusagen instrumentelle Transkommunikation. Ob das eine ernst gemeinte Wissenschaft sein kann - ja oder nein, das ist in diesem Fall die Frage.

Wie ist dieses Projekt entstanden? Haben Sie schon vorher etwas dazu gemacht?

Ich habe selber ein Seminar zu dieser 2012-Bewegung gemacht, weil mich das Themenfeld interessiert hat. Bei diesem Seminar bin ich auf das Thema gestoßen. Parallel dazu habe ich das Buch von Johannes Fried gelesen und wollte zu diesem Themengebiet etwas machen, so z.B. wie sich apokalyptische Bewegungen in der Gegenwart entwickeln. Wir haben esoterische Wissensfelder, die daran anknüpfen. Wir schauen daher auf den von Johannes Fried konzipierten Fried-Mechanismus, der in der Geschichte bis zur frühen Neuzeit wirklich exzellent nachweist, ob er heute funktioniert. Das war der Ursprung, auf dem das Seminar aufbaute. Es wurde viel diskutiert und schlussendlich habe ich den DFG-Antrag gestellt und das Projekt wurde genehmigt. Ja, das sind spannende Sachen. Fabian Fries (Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Prof. Dr. Albrecht, Anm. d. Red.) arbeitet auch daran. Das ist eines der Themen.

Ich habe natürlich laufend kleinere Forschungsthemen, an denen ich sitze, aber die benenne ich nicht alle. Ein zweites größeres Thema wird im Zusammenhang mit dem Käthe-Hamburger-Kolleg mit dem Thema Staatskulturen institutionalisiert. Es geht um die Frage, ob es eine systematisch ermittelbare Differenz zwischen den sozialen Ordnungen in einem Land und den staatlichen Institutionen gibt. Ich nenne mal ein Beispiel. Es gibt ganze Länder, die normale Verfassungen haben, wie andere Länder auch: politische Systeme, Parteien und so weiter. Sie sind aber auch auf sozialer Ebene klientelistisch organisiert. Klientelistisch heißt,

dass es sozusagen große Patronce gibt. Diese haben einen bestimmten Stamm von Leuten unter sich, den sie versorgen, welche aber gleichzeitig in deren Loyalität stehen. Parteien haben in einem klientelistischen System zum Beispiel eine vollkommen andere Bedeutung. Da geht es in erster Linie um die Verteilung von Posten und die Nutzung von bestimmten Ressourcen, die Politiker haben. Es geht ihnen nicht darum, irgendein Programm fortzutragen, den Sozialismus oder ein anderes. Das ist keine Programmpartei, sondern eine Klientelversorgungspartei. In so einem System muss der Staat anderer Ordnung sein als in anderen Systemen. Die Differenz zwischen staatlichen und sozialen Ordnungen interpretieren wir in der Regel als Korruption, was in diesen Ländern aber ganz anders aufgefasst wird - beispielsweise als selbstverständliches Verpflichtungssystem. Dafür möchte ich ein systematisches Instrumentarium entwickeln, in dem ich diese Differenz zwischen staatlicher Ordnung und gesellschaftlicher Ordnung systematischer untersuche.

Der Kollege Professor Decker hat ja in der FAZ einen Artikel geschrieben, in dem er behauptet hat, dass die Politikwissenschaft einen geringen Einfluss außerhalb der Hörsäle hat. Was halten Sie von dieser Aussage in Bezug auf die Soziologie?

Ich habe ihm gleich geschrieben, in dem ich ihm zugestimmt und gesagt habe, dass ich das für einen wunderbaren Gedankengang halte. Ich beobachte ähnliche Prozesse in der Soziologie, die einem Mechanismus geschuldet sind, den mein akademischer Lehrer einmal „den Fortschritt in der Wissenschaft als Trivialisierungsprozess“ genannt hat. Gerade die Professionalisierung der Politikwissenschaft als Politikwissenschaft und der Soziologie als Soziologie entfernt sie immer weiter von "normalen Diskurszusammenhängen" und deshalb wird es immer schwerer, die Brücke zu schlagen zwischen einer hohen Professionalisierung - gerade der quantitativen Sozialforschung

- und einer hoch professionalisierten Theorieentwicklung. Also ich kann wenigen Politikern in Kürze erklären, was die Pointe der Systemtheorie ist. Wenn ich ihnen erkläre, was Bruno Latour mit seiner Soziologie der Dinge meint, dann zeigen die mir den Vogel. Jedoch ist es aus der Entwicklung der Soziologie heraus plausibel, dass sich solche Theorien entwickelt haben. Mit Luhmann kann man das als ein Auseinanderdriften der Subsysteme erklären. Dann ist es vollkommen klar, dass die Wissenschaft ihren eigenen Professionalisierungslogiken folgen muss, sich dadurch jedoch immer weiter von öffentlichkeitswirksamen Themen entfernt. Insofern würde ich den Mechanismus für die Soziologie auch eins zu eins identifizieren. Ich würde allerdings sagen, dass man immer spezielle Autoren im Fach hat, denen es gelingt, diese Brücken zu schlagen. In der Soziologie sind es zum Beispiel Heinz Bude oder Armin Nassehi, die in der Öffentlichkeit präsent sind. Solche Leute schlagen die Brücke zwischen beidem. Aber sie haben so ein bisschen die Problematik, dass in dem Maße, in dem sie in der Öffentlichkeit wirksam werden, sie im Fach nicht mehr ernst genommen werden. Folglich ist es ein Dilemma: Die großen öffentlichen Kommunikatoren haben im Fach selber eine etwas prekärere Stellung. Das ist ein Unding, an dem die Soziologie arbeiten kann, ist aber in der Biologie nicht anders und in der Medizin auch nicht. Der Fortschritt der Wissenschaft drängt auf zunehmende Spezialisierung des Wissens, ebenso in den Standards. Diese kommunizieren zu können, wird zum Problem. Insofern ist es ein systematisches Problem.

„Es ist ein grundlegendes Dilemma: Das, was in der Öffentlichkeit wirkt, wird im Fach nicht so ernst genommen.“

In der Soziologie werden aber auch immer Zeitgeist-Themen behandelt. Terrorismus oder Flüchtlingsbewegungen sind ein Dauerbrenner, auch in der Soziologie.

Das ist ein Dauerbrenner, aber solche Themen werden in der Soziologie häufig sozusagen wie politische Themen weiterbehandelt, das heißt, sie werden im Großen und Ganzen in der Soziologie so abgebildet, wie sie sich im politischen Rahmen spiegeln. Daneben gibt es natürlich ganz ernsthafte Forschung zu Flüchtlingen, aber bis diese ihre Ergebnisse produziert hat, ist es meistens schon zu spät für den öffentlichen Diskurs und die Karawane der Öffentlichkeit ist weitergezogen. Wir rennen forschungsbedingt den öffentlichen Diskussionen hinterher und in dem Moment, in dem so ein Thema herankommt, kann man eigentlich nur dilettieren oder auf älteren Untersuchungen aufbauen. Es ist nach wie vor ein Strukturproblem. Als Brücke haben wir die Gegenwartsdiagnosen, die der Wahlforschung in der Politikwissenschaft in Bezug auf ihren Beitrag zu aktuellen Debatten ähneln.

Diese Gegenwartsdiagnostik mit den großen Begriffen "Risiko" oder "Erlebnisgesellschaft" schafft es immer wieder, solche Brücken zu schlagen. Das ist eine systematische Umstrukturierung, über die man das auch machen kann. Aber das sind Bücher, welche die Leute häufig in der Endphase ihrer Karriere schreiben. Ulrich Beck hat zufälligerweise eins in der Frühphase der eigenen Karriere geschrieben. Das ist summarischen Charakters, was die Kollegen ganz gern lesen und zitieren. Aber die eigene Forschungsstärke demonstrieren solche Bücher selten. Es ist ein grundlegendes Dilemma: Das, was in der Öffentlichkeit wirkt, wird im Fach nicht so ernst genommen.

Wo sehen Sie denn die Herausforderungen der Zukunft? Welche Stellung hat der Mensch inne und was kann die Kulturosoziologie dazu beitragen?

Die große Herausforderung der Zukunft: Was machen wir, wenn das Universum wieder zusammen-

schnarrt? Wir sind noch in der Expansionsphase des Universums. Irgendwann ist es erschöpft und dann schnarrt alles zusammen. Das sind die größten Fragen, so existenziell (lacht). Was sind die großen Fragen aus soziologischer Perspektive? Die sind natürlich: Geht es mit der Globalisierung so weiter, wie es weiter gegangen ist? Sind wir in Phasen der Refragmentierung? Wir können immer wieder zyklisch beobachten, dass auf verstärkte Phasen von Globalisierungsprozessen neue Fraktionierungen gerade aus diesen Phasen heraus entstanden sind. Das ist also ein großes Thema. Man könnte das zusammenfassen unter Universalismus vs. Partikularismus. Auch das untersuchen wir hier an der Universität in einer kleinen Gruppe mit Historikern und Politologen zusammen. Da kann die Soziologie ohne Zweifel was bieten.

Die Soziologie selber hat ein systematisches Problem mit ihrem Gesellschaftsbegriff. Kann der Gesellschaftsbegriff heute selbst partikular begründet werden, ja oder nein? Das heißt, gibt es Gesellschaften und was ist das? Die Systemtheorie sagt, es gibt nur noch Weltgesellschaft, aber können wir den Begriff überhaupt noch benutzen oder müssen wir von Gruppen sprechen? Es

„Die Systemtheorie sagt, es gibt nur noch Weltgesellschaft, aber können wir den Begriff überhaupt noch benutzen oder müssen wir von Gruppen sprechen?“

gibt eine Reihe von systematischen Problemen in der Soziologie. Diese spiegeln, was sich auf globaler Ebene ebenfalls abzeichnet, aber ansonsten hat das Fach seinen eigenen Kompass. Das Fach war über längere Zeit der Überzeugung, dass man mit der Modernisierungstheorie ein Element in der Hand hat, mit dem man im Prinzip die alte Geschichtsphilosophie beerben konnte, um vorauszusagen, wie es mit der Welt weiter geht. Es geht irgendwie weiter, alle Gesellschaften werden früher oder später modern, obwohl es auch in dieser Hinsicht

Zweifel gibt. Zwar gibt es den Prozess, aber mit Shmuel Eisenstadt (israelischer Soziologie, Anm. d. Red.) sprechen wir heute von multiplen Modernen. China beispielsweise geht, im Vergleich zu Indien oder auch zu Europa, einen ganz eigenen Weg. Was ist dann generalisierungsfähig und was bleibt von dem europäischen oder westlichen Modell der Modernisierung dann übrig? Das sind alles offene Fragen. Die Soziologie wird beobachten, ihren Teil dazu beitragen und ihre Kommentare dazu abgeben. Sie wird nicht viel davon beeinflussen können. Wenn es gut läuft, wird sie als ein Beobachter jenseits von Ideologien, auch den eigenen, operieren.

Also haben Sie nicht den Eindruck, dass die Soziologie tatsächlich Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse haben kann?

Massiven Einfluss hat die Soziologie auf gesellschaftliche Diskurse. Das ist überhaupt keine Frage, aber ich bin mir nicht sicher, ob das ein guter Einfluss ist. Der Einfluss selbst muss problematisiert werden. Ich nenne einen Bereich, der auch bei mir in der Forschung eine Rolle spielt: dass die Soziologie die Grundeinheit für jede Reflexion über soziale Tatbestände geliefert hat. So ist man der Überzeugung, dass Gesellschaft die Basiseinheit ist, von der man Staaten, Völker oder anderes beobachten kann. Man ist sich nicht mehr im Klaren darüber, ob der Gesellschaftsbegriff selbst soziale Wirklichkeiten strukturiert, wenn man die Wirklichkeit als Gesellschaft denkt. Das ist in meiner eigenen Forschung ein großes Thema. So verstehe ich auch Kultursociologie: jene Form der Soziologie, die die Folgen ihrer eigenen Denkart an ihrem Gegenstand weiter beobachtet. Wenn wir Kategorien wie Rolle oder ähnliches mit in die Welt bringen, bringen wir sie den Leuten bei. Diese fangen an, das Leben zu reflektieren und so verändert sich das Leben. Wir Kultursociologen wollen die Sinngebilde, die wir selbst in die Welt gesetzt haben, beobachten und mitverfolgen. Die Folgenabschätzung gehört substanziell

mit dazu. Die große Frage, die dahinter steckt, ist natürlich eine andere. Man könnte sie die Webersche Frage nennen: Welcher Typ Mensch entsteht in welchen Formen sozialer Formationen? Wenn ich die soziale Formation - ich nenne sie mal moderne Gesellschaft - mit der Soziologie beobachte und diese Ergebnisse anderen erfolgreich mitteile, sodass mir geglaubt wird, kann ich die Wirklichkeit selbst verändern. Ich projiziere sozusagen meine eigenen Deutungsmuster in die Sinngebilde der Subjekte hinein. Um es mal ganz einfach zu formulieren: Wenn ich als Soziologie mit der Säkularisierungstheorie operiere und sage, dass die Säkularisierung voranschreitet, dann muss jeder Gläubige sich angesichts dieser Theorie neu vor sich selbst rechtfertigen, warum er überhaupt glauben möchte, wenn ihm die Zukunft nicht gehört. Wenn ich eine andere Theorie entwerfe, sieht das anders aus. Der zentrale Ansatz meiner eigenen Soziologie ist es demnach, diese Folgen mitzudenken.

Zum Beispiel die Individualisierung. Alle glauben an die Individualisierung, oder? Die gibt es und das ist gut so. Ich möchte selber individuell sein, aber ist das nicht eine Ideologie der Moderne, die der Indologe Louis Dumont behauptet? Zeigt er damit nicht zugleich nur eine Variante Mensch zu sein, im Vergleich zu ganz anderen, die gleichberechtigt daneben stehen könnten? Stimmen dann unsere Vorstellungen, dass der notwendige Verlauf der menschlichen Entwicklung in der Individualität erfolgen muss? Müssen alle anderen Gesellschaften dem nachziehen? Müssen die Chinesen Individuen werden? Ja oder nein? Eine gute Soziologie reflektiert diese Fragen. Von der Soziologie geht allein durch die Erklärung von Wirklichkeit immer Normativität aus. In dem sie Wirklichkeit erklärt, sagt die Soziologie: „So ist es.“ und die Leute sagen „Na, wenn es so ist, dann muss ich ja glauben, dass es so ist.“ Das allein macht die normative Gestaltung der Soziologie aus.

Lage und Einfluss der Politikwissenschaft

„Die Stimme der Politikwissenschaft ist in der Öffentlichkeit kaum noch zu vernehmen. Die Debatten bestimmen Juristen und Ökonomen. Die jüngere Generation schweigt.“

So lautete der provokante Untertitel des F.A.Z.-Artikels von Prof. Dr. Frank Decker und Prof. Dr. Eckhard Jesse im April 2016. Von einem Fach ohne Ausstrahlung, das sich gegenüber anderen Fächern öffentlich nicht mehr behaupten kann und dessen Einfluss stetig sinkt, war die Rede. Welche Anwendung findet das Fach außerhalb der Universität und welche Perspektiven bietet heute die Wissenschaft? Wir waren mit Prof. Dr. Decker vom Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie im Gespräch.

von **Magnus Bolten** und **Aileen Völlger**

Wie steht es um die Politikwissenschaft? Vermutlich sind die Vorurteile von der brotlosen Kunst, mit denen das politikwissenschaftliche Studium behaftet ist, allgemein bekannt. Eine geringe öffentliche Resonanz gegenüber anderen Disziplinen, eine dauerhafte Unterfinanzierung und schwierige berufliche Aussichten werden ihr nachgesagt. Auf den ersten Blick scheint auch das öffentliche Interesse an politikwissenschaftlichen Veranstaltungen zurückgegangen zu sein.

Der DVPW-Kongress zum Thema Freiheit und Sicherheit im September 2015 erweckte nostalgische Gefühle, wenn man die Zahl der Anwesenden mit der Audienz verglich, die vor 20 Jahren noch ganze Hörsäle füllte. Angesehene Politologen hielten damals Vorträge zu Themen, die die Welt bewegten. Interessierte drängten sich auf engen Hörsaalbänken. Im September 2015 drehte es sich bei der Hauptveranstaltung des Kongresses nicht um die Flüchtlingskrise, die in dem Fall vielleicht mehr als klägliche 30 Besucher*innen angezogen hätte. Zu allem Überfluss waren die in den 1960er Jahren noch als „Demokratiewissenschaftler“ bezeichneten Politolog*innen vergangenes Jahr nicht dazu in der Lage, ihren Vorstand zu wählen. Kein Wunder also, dass das

Interesse der Öffentlichkeit schwindet, wenn die Verbandsmitglieder*innen selbst uneinig darüber sind, in welche Richtung sie gehen wollen. So einfach ist die Sache jedoch nicht. In den letzten 50 Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die Politikwissenschaft gewandelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg verglich sie Regierungssysteme oder stellte sich gar normativ die Frage nach dem besten Regierungsmodell. Was ist von dieser Tragweite noch übrig geblieben?

„Gibt es ein faszinierendes Gebiet als die Politik? Sich wissenschaftlich mit dem zu beschäftigen, was alle angeht?“

In den 1960er Jahren begann die Politikwissenschaft, die von Historiker*innen, Soziolog*innen und Philosoph*innen betrieben wurde, die Ausbildung ihrer eigenen Wissenschaftler*innen auszubauen. Mittlerweile war es leicht, in der Politologie zu promovieren, sich zu habilitieren. Mit einem Doktor konnte manch eine*r schon einen eigenen politikwissenschaftlichen Lehrstuhl halten. Doch der sozialwissenschaftliche Einfluss, die Amerikanisierung der Methoden und der Wandel

in der Forschung haben dazu geführt, dass „man heute über sehr wenig Dinge sehr viel weiß, aber nicht mehr in großen Zusammenhängen in dem Fach denkt“, kritisiert Prof. Dr. Decker. Vermutlich ist dies auch einer der Gründe, warum Politolog*innen immer mehr verstummen bzw. warum sie weniger aktiv in die Öffentlichkeit treten oder als Expert*innen zu öffentlichen Veranstaltungen eingeladen werden. Jurist*innen und Wirtschaftswissenschaftler*innen sind in zahlreichen gesellschaftlichen Debatten präsent, obwohl viele Felder intuitiv der Politikwissenschaft zuzuordnen wären. Unfraglich gibt es Schnittstellen zwischen den Fachgebieten, aber diese müssten die Politikwissenschaftler*innen engagierter für sich nutzen und sich nicht in den Schatten anderer Disziplinen stellen, so Prof. Dr. Decker. Erschreckend findet er diese Entwicklung besonders im Ideenwettbewerb innerhalb der EU-Forschung. „Wir haben in unserem Artikel nicht das Schweigen der jüngeren Generation, sondern das Fehlen öffentlicher Interventionen der Nachwuchswissenschaftler beklagt.“ Ihm sei bewusst, dass dieser Vorwurf ungerecht formuliert ist. Dennoch bedauert er, dass es häufig dieselben bekannten Persönlichkeiten sind, die sich an diesen Debatten beteiligen, was

durch das Verhalten der Medien noch verstärkt wird. „Da muss der Nachwuchs sich etwas selbstbewusster auf dem Markt anbieten.“ Außerhalb von Konferenzen und Beiträgen in klassischen Medien werden inzwischen viele neue Möglichkeiten genutzt, in die Öffentlichkeit hineinzuwirken, wenn man nur an die zahlreichen Onlineformate wie politikwissenschaftliche Blogs, digitale Lernplattformen oder YouTube-Videos denkt - eine Entwicklung, die man schnell übersieht. Dennoch könnte es noch deutlich mehr solcher Angebote geben, da somit der Tendenz entgegengewirkt wird, dass der Hauptanteil wissenschaftlicher Publikationen auf einen sehr überschaubaren Kreis zurückzuführen ist.

Doch welche Qualifikationen zeichnen Politikwissenschaftler*innen eigentlich aus? Zum einen arbeiten sie supranational - ihr systemisch-komparatistischer Blick steht z.B. dem nationalen Bias der

Staatsrechtler*innen gegenüber, die sich innerhalb deutscher Regularien bewegen. Ein Blick weg von der Forschung verrät, dass die methodisch-analytischen Kompetenzen der Sozialwissenschaften auch gut in der Berufswelt ankommen - allen Vorurteilen zum Trotz! Es beginnt mit dem systemisch-komparatistischen Blick für Zusammenhänge und mit der geistigen Freiheit und Flexibilität, Fragen unbedarft zu beantworten. Das System der Pfadabhängigkeit ist zum Beispiel solch ein politikwissenschaftliches Konstrukt, welches Jurist*innen nicht kennen. Warum bestehen bestimmte Organisationssysteme und Strukturen? Für diese Phänomene können Politikwissenschaftler*innen Analysen und Alternativvorschläge aufzeigen - eine klare Problemlösungskompetenz. Die Wirklichkeit risikobewusst interpretieren zu können, stellt eine wichtige strategische Fähigkeit dar. „Die Studierenden sollen Denken und Analysieren lernen, deswe-

gen braucht man einen problemorientierten Zugriff. Das darf in einem Bachelorstudium nicht verloren gehen.“

Diese und andere Qualitäten ermöglichen den Zugang zu vielen Berufsfeldern, z.B. bei Verbänden, Unternehmen, in der Verwaltung und im Medienbe-

„Wir haben in unserem Artikel nicht das Schweigen der jüngeren Generation, sondern das Fehlen öffentlicher Interventionen der Nachwuchswissenschaftler beklagt.“

reich. Leider wissen nur Wenige von diesen Vorteilen. Auch hier fehlt wieder die Öffentlichkeit. In jedem Fall ist es vorteilhaft, das Studium durch studienbezogene Nebentätigkeiten und Praktika praxisnah auszurichten und früh Kontakte zur Berufswelt zu knüpfen.

Was auf dem Arbeitsmarkt gut funktioniert, scheint in der Forschung zum Teil umso schwieriger zu sein. Prof. Dr. Decker stellt fest, dass die derzeitige Arbeitsmarktsituation so gut ist, dass die Wissenschaft eine geringere Anziehungskraft auf den Nachwuchs ausübt. „Wenn Sie bei mir einen guten Abschluss machen, frage ich nach, ob Sie promovieren wollen. Haben Sie aber ein gutes Jobangebot, werden Sie sich dies dreimal überlegen“. Ein Grund hierfür sind wohl die unsicheren Chancen für wissenschaftliche Mitarbeiter an deutschen Hochschulen. Für eine Verbesserung der Lage des universitären Mittelbaus seien dringend mehr Entfristungen nötig. Auch stellt sich die berechtigte Frage nach einer Perspektive für diejenigen, die nicht auf eine Professur kommen können, deren Anteil nicht gerade gering ist. Im Vergleich zu anderen Ländern hat Deutschland dahingehend noch einiges aufzuholen.

Umso wichtiger ist es, Anreize für den Schritt in die Forschung zu schaffen. Hierfür bieten sich einige Möglichkeiten, Studierende früh in den Wissenschaftsbetrieb zu integrieren. Sei es durch die Anstellung als SHK, durch die



Etablierung von Forschungskolloquien oder die Einbeziehung in einzelne Projekte. Wichtig ist für den Nachwuchs, sich zu überlegen, wie man sich strategisch bei der Themenwahl aufstellt.

Leider werden kreative Themen, die sich außerhalb des wissenschaftlichen Mainstream befinden, selten gewürdigt, was an der Ablehnung von Forschungsanträgen deutlich wird. Den Drittmittelzwängen kann man jedoch entgehen, denn die Möglichkeit, etwas zu publizieren, besteht unabhängig davon immer. An finanziellen Mitteln mangle es in der Politikwissenschaft tatsächlich nicht, sogar das Gegenteil sei der Fall. Auch das Stereotyp des Wissenschaftlers, der unter ständigem Druck steht, Einheitsbrei in hochgerankten Journals zu publizieren und sich regelmäßig im Ausland zu bewegen um erfolgreich zu sein, ist

zu verallgemeinernd - diesem Trend müsse man sich nicht unterwerfen. „Ich würde meine Leute immer ermutigen: Macht, was ihr wollt, lasst Euch selber von euren Ideen treiben und passt Euch

„Ich würde meinen Leuten immer ermutigen: Macht, was ihr wollt, lasst Euch selber von Euren Ideen treiben und passt Euch nicht ohne Not diesen Zwängen an.“

nicht ohne Not diesen Zwängen an“. Prof. Dr. Decker würde das Studium der Politikwissenschaften auch unter den heutigen Bedingungen erneut aufnehmen und weiterempfehlen: „Gibt es ein faszinierendes Gebiet als die Politik? Sich wissenschaftlich mit dem zu beschäftigen, was alle angeht?“ Die Möglichkeit, frei zu entscheiden, über was man forscht, wie

man sich in der Öffentlichkeit äußert und wie viel man arbeitet, sei trotz aller Umstände ein großes Privileg. Diese Freiheit würde auch durch Berufe, die auf den ersten Blick lukrativer erscheinen, nicht aufgehoben. Ob man diese Sichtweise behält, auch wenn man auf keine feste Stelle kommt, bleibt offen. Wenn wir ehrlich sind, ist uns bewusst, dass das Studium der Politikwissenschaft allein oder der bloße Wille zu promovieren, nicht ausreichend sind.

Wer sich in einem Elfenbeinturm verschanzt und träumt, seine Ziele aber nicht verwirklicht, dem geht es vielleicht wie der Politologie in der Öffentlichkeit heute: es gibt sie, aber wer hört sie? Es ist einfach, sich vom System an den Rand treiben zu lassen, aber auch nicht viel schwieriger, selbstbewusst nach vorne zu schwimmen und Initiative zu ergreifen.



Foto: pixabay.com

Endstation Politikwissenschaft?

von Debora Eller



Foto: GörlitzPhotography, flickr.com

„Politolog*innen analysieren das politische, rechtliche, soziale und wirtschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland und anderer Länder.“ Das antwortet zumindest die Bundesagentur für Arbeit, wenn man sie nach unserem Studiengangsprofil fragt. Laut Statistischem Bundesamt gab es im WS 14/15 in Deutschland 30 245 Politikstudierende. Bisher wurde das Bundeskanzleramt aber nicht von ihnen besetzt. Was bewegt so viele junge Menschen dazu, sich für die Politikwissenschaft zu entscheiden?

Am Ende des Studiums Politik und Gesellschaft wartet kein konkreter Berufsabschluss, was vor Familie und Freundeskreis immer wieder gerechtfertigt werden will. Dabei ist gerade dies ein enormer Vorteil dieses Faches. Schließlich werden die Abiturient*innen immer jünger und wollen mit 18 Jahren nicht das nächste halbe Jahrhundert verplanen. Einen Studiengang zu wählen, welcher nicht sofort das eigene Berufsschicksal besiegelt, wie etwa ingenieurwissenschaftliche Fächer, lässt zunächst Freiraum. Vor allem die Interdisziplinarität erlaubt es, sich mehreren Interessen zu widmen, so beispielsweise den Sozial-, Geschichts-, Wirtschaftswissenschaften und natürlich der Politik.

Multiperspektivität und Theoriepluralismus ermöglichen einen differenzierten Blick auf das Weltgeschehen. Und genau dies ist vermutlich auch die Hauptintention meiner Kommiliton*innen bei der Fächerwahl: Das bessere Verstehen verstrickter Prozesse auf der immer komplexer werdenden Weltbühne. Zumindest hoffe ich, sie am Ende meines Studiums etwas besser nachvollziehen zu können.

Aber wie sieht es während des Studiums aus? Während Medizinstudierende erste Diagnoseversuche bei ihrer Familie starten und BWLer*innen schon ihr Startup planen, wird bei uns hoffentlich mehr gemacht als in stets berücksichtigter Political Correctness diskutiert. Denn das kann den Verwandten zu Hause auf die Dauer auch ein „Mensch, kannst du nicht einfach mal etwas im Raum stehen lassen!“ entlocken. Das Schöne an dem Studiengang ist doch, dass man den „Ach, die Jugend



von heute“-Predigenden zeigen kann, dass die jungen Menschen keineswegs desinteressiert und apolitisch sind. Ob man sich nun bei Amnesty International, bei der Flüchtlingshilfe oder bei Umfrageinstituten engagiert - die außeruniversitäre Anwendbarkeit der Politikwissenschaft ist breitgefächert und weist auf spätere Berufsmöglichkeiten hin.

Dennoch graut es mir gleichzeitig vor meinem Abschluss, da ich mich dann doch der mir so verhassten Frage stellen muss, was ich mit all dem Gelernten anfangen

soll. Die Vorstellungen der Studierenden liegen hier meistens irgendwo zwischen Weltherrschaft und Weltrettung und werden natürlich auch vom Nebenfach geprägt. Aber wie steht es wirklich um die Perspektiven?

Unsere Universität sagt uns Tätigkeiten bei (inter)nationalen Verbänden und Stiftungen, sowie bei Parteien und Unternehmen voraus (uni-bonn.de). Aber gerade solche Arbeitsplätze werden häufig von Jura- und Wirtschaftsabsolvent*innen besetzt. Und auch sechs Bundeskanzler haben bisher eine der beiden Disziplinen studiert. Ursprünglich politische Felder werden also nicht von Politolog*innen dominiert. Wenn man jetzt den Jurist*innen und Ökonom*innen ein stärkeres Streben nach machtbehafteten Positionen unterstellt, macht man es sich zu einfach.

Der große Bedarf an Rechts- und Wirtschaftsgeschulten geht wohl mit der kapitalismusgeprägten Globalisierung einher. Das erklärt auch u.a. die unverhältnismäßig höheren Studierendenzahlen in diesen Fächern: Vorletztes Wintersemester waren es 109 605 bei den Rechtswissenschaften und 231 787 bei der Betriebswirtschaftslehre, also fast achtmal mehr als bei den Politikwissenschaften (Statistisches Bundesamt). Trotzdem sind Politikwissenschaftler*innen nicht nur von großem Nutzen, sondern zukünftig unerlässlich. Wie schon im Studiengangsprofil in Hinblick auf die Multiperspektivität dargestellt, können sie das Weltgeschehen in einen umfangreicheren Kontext einordnen. Sie sehen nicht nur den Weltmarkt und winkenden Profit, sondern verstehen auch die Dynamiken, welche hinter poli-

tischem Geschehen stecken. Zudem handeln sie auch öfter idealistisch, also nach humanitären Gesichtspunkten.

Die Fragen, welche die Welt in Zukunft beschäftigen, brauchen unter anderem auch Wissenschaftler*innen mit einem Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge und politische Strategien. Probleme wie Krieg, daraus resultierende Anstiege der Geflüchtetenzahlen, demographischer Wandel und Ressourcenknappheit können nicht ausschließlich von Wirtschaftswissenschaftler*innen gelöst werden.

Hier braucht es eine neue Generation von Politolog*innen, welche dem verstaubten Image ihrer Disziplin frischen Wind entgegensetzt. Um in der Öffentlichkeit wieder wahrgenommen zu werden, muss „der Nachwuchs“ in verständlichen Worten eine klare Einschätzung über die verschiedenen Entwicklungen liefern und die - für manche schwer verständlichen - Thesen der früheren Generationen weiterentwickeln, aber auch ganz neue Wege gehen.

Am IPWS soll also bitte fleißig weiter studiert werden! Ob in einer NGO, im

Journalismus oder in der Forschung, die baldigen Absolvent*innen können ein Mitspracherecht der Politikwissenschaft in aktuellen Debatten wieder einführen. Und wer will, schafft es vielleicht doch noch in das Kanzleramt, schließlich hat Frau Merkel weder Jura noch Wirtschaft studiert.



Foto: Rene Mensen, flickr.com

Auf den Spuren der internationalen Rechtsprechung

Ein Exkursionsbericht über Den Haag

von **Katharina Hueske**

Ziel der diesjährigen Mai-Exkursion der Fachschaft war der niederländische Regierungssitz Den Haag, das flagrante Zentrum der internationalen Rechtsprechung.

Bereits kurz nach der Ankunft am „Stayokay“ Hostel - zentral gelegen an einer kleinen Gracht und dem berühmten 132 Meter hohen Wolkenkratzer Het Strijkijzer (dt. Bügeleisen) - ging es für die Studierenden zu ihrem ersten Termin in den nördlich gelegenen Den Haager Stadtteil Scheveningen, zum Internationalen Strafgerichtshof (engl. International Criminal Court - ICC), der bereits von außen durch einen äußerst modernen Bau Eindruck schindete. Nach einer kurzen Sicherheitskontrolle empfing eine Besucherführerin die Teilnehmer*innen, die den Studierenden zunächst selbst und

anschließend mithilfe eines kleinen Films eine Einführung in die Aufgaben des ICC bot sowie über die Architektur des Gebäudes informierte. So wurde das Gebäude nämlich erst 2015 fertiggestellt und soll mit seinen vielen Glaselementen und integrierten Grünflächen einerseits Transparenz kommunizieren - im Sinne des Öffentlichkeitsgrundsatzes von Gerichtsverfahren - und andererseits im Einklang mit der Natur stehen.

Diese Öffentlichkeit konnten die Studierenden dann auch gleich am eigenen Leib erfahren und so bot sich ihnen die dankbare Möglichkeit, an einer der aktuell laufenden Gerichtsverhandlungen als Besucher*in teilzunehmen. Zum Zeitpunkt des Besuchs fand beispielsweise eine Zeugenanhörung zum Fall Gbagbo statt, Ex-Präsident

der Elfenbeinküste, der für Morde, Vergewaltigungen und die Verfolgung politischer Gegner während des blutigen Konflikts nach der Präsidentenwahl 2010 verantwortlich sein soll. Als letzter Programmpunkt des ersten Tages stand anschließend der Besuch des Ständigen Schiedsgerichts (engl. Permanent Court of Arbitration - PCA) an, bei dem die Teilnehmer*innen erneut über den Zuständigkeitsbereich des Gerichts sowie einige seiner prominentesten Fälle aufgeklärt wurden, darunter unter anderem der Territorialdisput im Südchinesischen Meer zwischen den Philippinen und China. Der Rest des Abends stand zur freien Verfügung, sodass die ein oder andere sehenswerte Ecke der Den Haager Stadt erkundet werden konnte. Am Mittwoch konnten die Studierenden

auf freiwilliger Basis mit einem Besuch der Escher-Ausstellung oder auch wahlweise des Mauritshuis, der königlichen Gemäldesammlung, gelassen in den Tag starten. Für Liebhaber*innen exotischer und außergewöhnlicher Ware eignete sich zudem hervorragend der Besuch des sogenannten „Haagse Markt“, Europas größter Freiluftmarkt im Den Haager Süden. Weiterer Programmpunkt an diesem Tag war die gemeinsame Grachtenfahrt, die den Studierenden einen guten Überblick über die Stadt verschaffte und die trotz des etwas regnerischem Wetter jede Menge Spaß bereitete – nicht zuletzt aufgrund der sehr ambitionierten Fremdenführer*innen und dem mehr oder minder starken Adrenalinstoß, den man beim Unterfahren von teils sehr niedrigen Brücken verspürte.

Am Donnerstagmorgen war gegen 10 Uhr der Besuch des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien angesetzt (engl. International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia - ICTY), der einem auf eindringliche Weise durch Filmmaterial sowie den Bericht eines Juristen des Tribunals, die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht näherbrachte. Verbrechen, die trotz ihres genozidalen Ausmaßes möglicherweise noch immer zu wenig Beachtung im internationalen Diskurs in puncto Vergangenheitsbewältigung finden.

Bei einem nachfolgenden Strandspaziergang im schönen Scheveningen wurde der Tag gemeinsam und harmonisch ausgeklungen, womit auch die Exkursion allmählich ihr Ende fand. Am nächsten Tag stiegen die Mitfahrenden etwas ermüdet aber zufrieden gegen 11 Uhr in den Bus zurück nach Bonn und konnten auf drei sehr abwechslungsreiche aber vor allem lehrreiche Tage zurückblicken, die den Studierenden Freude, neue Erkenntnisse, aber natürlich auch teils bedrückende Momente bescherten. Die Stadt Den Haag zeigte sich den Reisenden als Hybrid zwischen internationalem Angelpunkt in rechtlichen und politischen Angelegenheiten und städtischer Idylle mit kleinen Grachten, verspielter Architektur und reizenden Restaurants und Kneipen.



Trump – ein unterschätzter Verführer?

von Samuel Gönner

„Ich habe es euch ja gesagt.“ Was für ein Mensch reagiert mit dieser Aussage auf ein Massaker mit 50 Toten und nochmal so vielen Verletzten? Als Reaktion auf das Attentat von Orlando twitterte Donald Trump am 12. Juni: „Ich freue mich natürlich sehr über die Gratulationen dazu, dass ich in Sachen radikalislamischer Terrorismus richtigliege, aber ich möchte keine Gratulationen, ich möchte Härte und Wachsamkeit.“ Die Rechtsverschiebung und Renationalisierung der Politik in vielen westlichen Ländern hat im Präsidentschaftskandidaten der US-Republikaner ihre Projektionsfläche gefunden.

Das Massaker von Orlando zeigt, dass aus dem international vernetzten Terrorismus ein individualisierter Terrorismus geworden ist. Gescheiterte Biographien lassen sich durch das Internet und in Problemvierteln radikalisieren und ein zu allem entschlossener Einzeltäter kann kaum aufgehalten werden. Die Berufung auf den Islamischen Staat ist willkommene Propaganda und der Attentäter wird posthum zum Märtyrer erklärt. Dieser neuen Art der terroristischen Bedrohung, die ohne Netzwerke auskommt, kann nur mit einem umfassenden Ansatz aus Kooperation der Behörden, politischer Bildung, kulturellen Austauschs und vielen anderen Aspekten begegnet werden. Wie verführerisch ist es da, an die Wirksamkeit von Einreiseverboten für Muslime zu glauben?!

Clinton gegen Trump ist ein Ringen zwischen Vernunft und Demagogie, zwischen Establishment und politischem Außenseiter. Das Verständnis von „Politik als die Kunst des Machbaren“ findet immer weniger Unterstützung. Doch weshalb drohen Fantastereien wie eine von Mexiko bezahlte Grenzmauer mehrheitsfähig zu werden? Und warum hat Trump breite Anhängerschaften in sozialen Schichten, deren Interessen und Ideale er nicht ansatzweise vertritt?

Im medialen Diskurs wird vielfach das Bild der abgehängten weißen Arbeiterschicht gezeichnet, die Donald Trump als einen der ihren betrachtet, nur reicher. Der vielbeschworene amerikanische Traum vom Wohlstand durch harte Arbeit wirkt in den Trailerparcs des deindustrialisierten West Virginias wie blanker Hohn. Trump dient somit als Projektionsfläche, dass es zumindest theoretisch möglich ist sich gegen alle Widerstände und das Establishment zu behaupten. Wut über die Verhältnisse wäre hier das Motiv zur Wahl. Unter Umständen ist dies keine bewusste Wahl für Trump, sondern vielmehr

ströme und die Digitalisierung der Arbeitswelt haben große Auswirkungen auf die USA und die alten Industrienationen. Der Anteil der Industrieproduktion nimmt immer weiter ab und neue Jobs im Dienstleistungsgewerbe sind unsicherer und oftmals schlechter bezahlt. Steigender Wohlstand durch Demokratie war seit dem Zweiten Weltkrieg das Postulat, das die USA in die Welt ausstrahlten. Es scheint, dass dieses Versprechen nicht mehr zu halten ist. In der Summe führt dies zu großem Misstrauen gegenüber der Politik und dem Bedürfnis nach Abschottung. Doch reicht dies als einzige Erklärung dafür



Foto: IoSonoUnaFotoCamera, flickr.com

eine Entscheidung gegen die anderen Kandidaten und Vertreter der Politik-Elite, von der Trump sich distanziert.

Es besteht kein Zweifel daran, dass es den frustrierten und sozial abgehängten Protestwähler gibt. Das überdurchschnittlich gute Abschneiden Trumps in wirtschaftlich schwachen Gebieten stützt diesen Befund und Globalisierungsverlierer sind tendenziell anfälliger für populistische Positionen. Der Aufstieg Chinas, globale Migrations-

aus, dass den USA ein Präsident mit tyrannischem Potential droht? Schließlich wurden die USA in ihrer Geschichte immer wieder von schweren Krisen herausgefordert, die nicht zwangsläufig zu einer derartigen Spaltung der Gesellschaft geführt haben. Darüber hinaus ist rechtspopulistische Demagogie ein Phänomen, das aktuell in der gesamten westlichen Welt zu finden ist.

Der Statistik-Experte Nate Silver hat Wahltagsbefragungen im Laufe der

Vorwahlen unter den Republikanern durchgeführt und kommt zu teils überraschenden Ergebnissen. Die Wähler Trumps sind überdurchschnittlich alt und weiß, was allerdings auch der Zusammensetzung der Republikaner entspricht. Jedoch sind die Anhänger seiner republikanischen Wettbewerber deutlich jünger. Umfragen zufolge haben 44% der Trump-Wähler einen College-Abschluss, über den 29% der US-amerikanischen Bevölkerung verfügen. Dies hat allerdings auch einen Grund in der Zusammensetzung der Anhänger der Republikaner, die keinen Querschnitt der Bevölkerung bilden. So haben 50% der Unterstützer von Ted Cruz ein College absolviert und sogar 64% der Sympathisanten von John Kasich. Höher gebildete Wähler tendieren also weniger dazu, Trump zu unterstützen, jedoch bekommt das Bild des abgehängten bildungsfernen und sozial schwachen Trump-Wählers tiefe Risse. Mit 72 000 US-Dollar Jahreseinkommen liegen die Wähler Trumps auch deutlich über dem US-amerikanischen Durchschnitt von 56 000 und auch über dem Einkommen von demokratischen Wählern von etwa 61 000 Dollar.

Das H-1B-Arbeitsvisum ist Virus und Symptom zugleich. Es ist die Ursache dafür, dass amerikanische Arbeitnehmer in großem Stil durch Gastarbeiter ersetzt werden und ein Symptom für eine Globalisierung, die wenige Gewinner und viele Verlierer schafft. Im Oktober 2014 wurde bei Disney in Orlando 250 Mitarbeitern der IT mitgeteilt, dass ihre Jobs durch indische Gastarbeiter übernommen werden. Um noch den

Jahresbonus zu erreichen, mussten sie ihre Nachfolger drei Monate einarbeiten. Wäre Disney in dieser Situation unter wirtschaftlichen Druck geraten, wäre dies ein bedauernswerter, aber nachvollziehbarer Schritt. Im Angesicht von Rekordumsätzen und Verdienstzuwächsen der Manager von über 30% gleicht es aber vielmehr einer bewusst in Kauf genommenen Demütigung. H-1B wur-



de entwickelt, um Lücken im Arbeitsmarkt vor allem mit hochspezialisierten Experten zu schließen. Es ist jedoch ein Phänomen der zunehmenden Verdrängung der Mittelschicht geworden. Die namhaften Unternehmensgründungen im Silicon Valley schaffen gemessen am Umsatz kaum Jobs und auch hier wird auf eine Ausweitung von H-1B gedrängt. Das Versprechen der Globalisierung, dass Wirtschaftswachstum in fremden Märkten zu steigender Nachfrage heimischer Produkte führt und dadurch eine Win-win-Situation entsteht, gilt nicht mehr. Die Verlierer aus der Mittelschicht

eint ein Gefühl, das wirkmächtiger ist als Wut, sie fühlen sich gedemütigt. Es darf aber nicht vergessen werden, dass sich die Attraktivität Trumps für die charakterisierte Wählergruppe nicht aus einem tatsächlichen Wohlstandsverlust in der Breite erklären lässt. Joschka Fischer erinnerte daran, dass der Aufstieg des Faschismus maßgeblich aus der Weltwirtschaftskrise und der folgenden Massenarbeitslosigkeit erklärt werden kann. Von solchen Zuständen sind die USA und die westliche Welt weit entfernt. „Der "weiße" Westen hat eine durchaus realistische Selbstwahrnehmung: Er sieht sich selbst als reich, alt und schwach - und das macht Angst, sehr viel Angst offenbar!“, so Fischer weiter. Donald Trump nutzt diese Angst. Die einfachen und teils abstrusen Lösungen für globale Probleme lassen sich auf einen Nenner bringen: „America First“.

Der „weiße Mann“ stemmt sich gegen seinen Niedergang und wird für die verführerische Kraft des Populismus empfänglich. Die Demokraten vermögen es nicht, die Sorgen der enttäuschten Mittelschicht aufzunehmen. In der Person Hillary Clintons manifestiert sich das Bild der Demokraten als Partei einer liberalen Elite. Zuletzt ist Trump in den Umfragen hinter Clinton zurückgefallen. Doch die Situation bleibt unberechenbar. Niemand mag vorherzusehen was passiert, wenn es im Vorfeld der Wahlen zu weiteren verheerenden Anschlägen kommt. Der Nährboden für Populismus und Demagogie ist wieder vorhanden und äußert sich in der Renaissance "starker Persönlichkeiten" in der Politik.

Das Zoon politikon Hillary Clinton

von Julian Brummer

Am 8. November wird in den Vereinigten Staaten ein neuer Präsident gewählt. Nach acht Jahren Barack Obama also ein personeller Wechsel. Die Nominierungen von Demokraten und der GOP stehen mittlerweile fest: auf der einen Seite Donald Trump, auf der anderen Hilary Clinton. Dem Multimilliardär Trump wurde im Laufe der Vorwahlen sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt. Für uns Europäer eine skurrile bis komische Erscheinung, in den USA scheinbar durchaus wählbar. Hierzulande herrscht über die Präsidentschaftswahl der Amerikaner fast Konsens: Nur 5 Prozent würden hierzulande Trump wählen, satte 82 Prozent Clinton (Vgl. Ergebnisse der Forsa-Umfrage Anfang Mai 2016).

Während wir von Presse und Satire kontinuierlich mit Informationen zu Trumps neuesten Ausfällen gefüttert werden, wurde über Clinton beinahe nur am Rande berichtet. Es lohnt sich daher, einen Blick auf die demokratische Kandidatin zu werfen.

In einem Brief an ihren Vertrauten Pfarrer Don Jones zu Studienzeiten fragte sie: „Kann man im Kopf konservativ sein und zur gleichen Zeit im Herzen liberal?“ Laut ihrer Biographie sollte dies ein programmatischer Satz für ihre gesamte politische Laufbahn werden. Ihre konservative Prägung wurde ihr mehr oder weniger angeboren: 1947 geboren, wuchs Clinton in einem republikanisch geprägten Haushalt auf. In der Schulzeit engagierte sie sich unter anderem für den erzkonservativen Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater. Trotzdem fand sie mit knapp 14 Jahren zum Feminismus, als sie der NASA einen Brief darüber schrieb, was sie bewerkstelligen müsse, um Astronautin zu werden und diese ihr antwortete, dass sie nicht planen würden, Frauen zu Astronautinnen auszubilden. Doch noch in ihrem letzten Schuljahr fungierte sie als Vorsitzende des republikanischen Schulkomitees.

Erst mit Beginn ihres Politikwissenschaft-Studiums kam es dann zu einer demokratischen Wende. Im Zuge der Unruhen in vielen amerikanischen Städten, dem Erstarken der Bürgerrechtsbewegung und den vielen Studentenpro-



testen, begann die Ausnahmestudentin Clinton zu zweifeln. Schließlich wurde ihr die republikanische Haut zu eng. Sie besuchte Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg sowie Rassismus und engagierte sich in der Hochschulpolitik als Präsidentin des Studierendenparlamentes. Schließlich war sie die erste Studentin, die am Wellesley College auf der eigenen Abschlussfeier (1969) eine Rede halten durfte, in der sie prompt ihren Vorredner - den Senator Massachusetts - angriff, welcher die landesweiten Studentenunruhen verurteilt hatte. In ihrem anschließenden Jura-Studium in Yale lernte sie nicht nur ihren Mann kennen, sondern entdeckte auch den Schutz und die Förderung von Kindern für sich. Bis heute blieb dies eines ihrer Kernanliegen.

Nach ihrem Studium legte sie schließlich eine steile Karriere hin. Schon im folgenden Jahr half sie, die Anklageschrift gegen Nixon im Watergate-Fall vorzubereiten, arbeitete als Dozentin und Anwältin, war Vorsitzende verschiedener landesweiter Organisatio-

nen. Auch als Bill Clinton zum Gouverneur von Arkansas gewählt wurde, arbeitete sie an ihrer eigenen Karriere. Sie saß in verschiedenen Aufsichtsräten, darunter bei Wal-Mart Stores Inc. Das „National Law Journal“ nahm sie währenddessen in die Liste der 100 einflussreichsten Anwälte Amerikas auf.

Als ihr Mann 1993 zum Präsidenten der USA gewählt wurde, blieb sie seine wichtigste Beraterin und leitete die Ausarbeitung einer weitreichenden Reform des Gesundheitssystems. Der Entwurf ähnelte stark dem Projekt ObamaCare des aktuellen Präsidenten. Die Reform scheiterte jedoch 1994 im Kongress. Außerdem war sie die erste First Lady der amerikanischen Geschichte, die einer eigenen Erwerbstätigkeit nachging und die erste First Lady, die sich selbst um ein öffentliches Amt bewarb. Sie war die erste Frau, die für New York im Senat saß (2000 - 2009) und die erste Frau, die es jemals soweit in einem Präsidentschaftswahlkampf gebracht hat.

Hillary bewirbt sich mit ihrer Kandidatur um Obamas dritte Amtszeit. Unter anderem will sie seine Gesundheitsreform beibehalten und mehr Geld in Bildung investieren, den Weg zur Erlangung der Staatsbürgerschaft reformieren und sich für die Gleichstellung von Frauen, Afroamerikanern und LGBT einsetzen. Im Gegensatz zu Sanders ist ihre anvisierte Wirtschaftspolitik wesentlich liberaler, sieht aber auch Finanzregulierungen und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten vor. Wie sie auch schon in ihrer Amtszeit als Außenministerin (2009 - 2013) gezeigt hat und auch immer noch fordert, tritt sie für ein stärkeres militärisches Auftreten Amerikas ein. Obama kritisierte sie, aufgrund seines zögerlichen Eingreifens in Libyen und Syrien, wobei sie den Regimewechsel in Tripolis selbst als Fehler einräumte. In der Anti-IS-Koalition solle die USA auch weiterhin



Foto: flickr.com

eine Führungsrolle übernehmen. Bodentruppen schloss sie jedoch aus. Demgegenüber steht Sanders mit einer radikal pazifistischen Einstellung. Schließlich fordert sie ein strengeres Waffenrecht. Sanders steht dem kritisch gegenüber.

Den Kurs des aktuellen Präsidenten möchte sie damit, abgesehen von bestimmten eigenen Akzenten, fortsetzen. Das bedeutet aber auch eine Abwendung von der Politik Bill Clintons. Weder Sanders noch Hillary schicken sich an, den Versuch Bills wiederaufzunehmen, seine Partei im Sinne eines New Democrats wegzulenken von der an Gruppeninteressen orientierten Politik hin zu einer Art Volkspartei, die auch den breiten Teil wirtschaftsliberaler und konservativer Wähler anspricht.

Hillarys Hauptadressaten sind die descheidenden Präsidenten: Minderheiten, Frauen und Progressive. Die Emergenz des „demokratischen Sozialisten“ Sanders beeinflusst ihre Position diesbezüglich zusätzlich. So ging Hillary in den Wahlkampf mit der Forderung einer Lohnuntergrenze von 12 Dollar, spricht aber mittlerweile ebenfalls von den 15 Dollar, die sich ihr demokratischer Mitbewerber auf die Fahnen geschrieben hat. Dass Sanders seine Kampagne nicht aufgibt, so verschiedene

amerikanische Wahlbeobachter, könnte Hillary bis zum Nominierungskongress der Demokratischen Partei Ende Juli auch noch weiter nach links ziehen.

Im Vorwahlkampf hatten sich Sanders und Clinton heftige Schlagabtausche geliefert. Sein Kampf gegen das Polit-Etablisement in Washington und der Wallstreet richtete sich mehr oder weniger direkt auch gegen Clinton, während sie Sanders unter anderem wegen seiner ablehnenden Haltung zu verschärften Waffengesetzen attackierte. Clintons Versuch, auf diese Weise ihren Rivalen aus dem Rennen zu drängen, könnte ihr längerfristig jedoch schaden. Denn nach einer erfolgreichen Nominierung wird sie auch auf die Anhängerschaft Sanders angewiesen sein. Nach aktuellen Polls ist diese jedoch sehr reserviert gegenüber der Kandidatin: Nur knapp 50% der Sanders-Anhänger würden bei seinem Ausscheiden Clinton wählen, immerhin 11% würden sich sogar für Trump entscheiden, 39% sind noch unentschieden oder blieben bei der Wahl zuhause. Im April hätten noch 63% Clinton gewählt. (Vgl. YouGov, 23. Juni 2016) Zwar liegt Clinton in den meisten Polls (Clinton vs. Trump) vorne, aber wird ihr nirgendwo eine absolute Mehrheit vorhergesagt und noch immer sind viele Amerikaner in ihrer Wahl unent-

schlossen. Erst wenn nach den Nominierungen nur noch zwei Präsidentschaftskandidaten (abgesehen von den Kandidaten der Grünen und Libertären) übrig bleiben, werden sich die Fronten klären. Viel wird davon abhängen, wohin sich die Sanders-Unterstützer bewegen. Ende Juni hatte zumindest Sanders schon angekündigt, er würde am 8. November Clinton wählen, um Trump zu verhindern. Fraglich bleibt, ob er letztlich auch eine entsprechende Wahlempfehlung ausgeben wird. Eine weitere offene Frage bleiben die Ergebnisse der Untersuchungen des FBI im Falle der Email-Affäre Clintons. Wie 2015 bekannt wurde, hatte sie als Außenministerin tausende dienstliche Mails über private Server verschickt. Die Konsequenzen für den Wahlkampf könnten erheblich sein, sollten die Untersuchungen noch vor November abgeschlossen sein. Möglicherweise könnte es sogar die Nominierung von Clinton insgesamt infrage stellen.

Der Ausgang der Präsidentschaftswahl ist also noch komplett offen. Gerade mit Blick auf das überraschende Ergebnis des Brexit-Referendums sollte man sich hierzulande nicht allzu sehr in Sicherheit wiegen, dass Donald Trump nicht doch der 45. Präsident der Vereinigten Staaten werden könnte.

Ein Griff ins Klo

von Nora Benz

Der Lennéstraße 27 fehlt eine Toilette. Eine für Studierende. Punkt.

Auch wenn man als Zweitsemester langsam wissen sollte, dass man nicht immer mit dem Kopf durch die Wand kann und auch mit Sicherheit weiß, dass „weil halt“ kein gewichtiges Argument ist: Wir Politik-Studierende wollen ein Klo in unserem Institut. An dieser Stelle sollten todschlagende Argumente folgen, am besten mit Gesetzestexten belegt. Da ich allerdings nur eine arme Politikstudentin und keine Juristin bin und immer zum Pinkeln rüber ins Juridicum muss, fällt es mir etwas schwer, fundierte Belege aus dem Gesetzestext zu zitieren. Aber einen Versuch ist es wert. Viel kann ich nicht verlieren - ein Klo zumindest nicht. Laut der „Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten“ zu denen Hörsäle von Universitäten gehören, müssen die Toilettenräume für Gäste leicht erreichbar und zugänglich sein.

Nur leider ist weder der große, geschweige denn der kleine Übungsraum ein Hörsaal und wir Studierenden sind leider keine Gäste. Daraus kann man ableiten, dass an dieser Stelle die „Verordnung über den Bau und Betrieb von Versammlungsstätten“ nicht greift. Worst case, hier gilt auch die Schulbaurichtlinie nicht. Schließlich findet in der Lennéstraße 27 ausschließlich die Unterrichtung von Erwachsenen statt. Schade. Und nun? Freuen wir uns kurz, dass um das Juridicum noch keine Mauer gebaut wurde. Doch was macht das schon für einen Unterschied? Gerade bei Institutssommerfesten oder anderen Abendveranstaltungen spitzt sich die Lage regelmäßig zu, da die Juristen bereits um 23 Uhr Feierabend machen. Danach muss die Botanik geflutet werden.

Aber bleiben wir sachlich: Es ist in der Tat so, dass es in der Lennéstraße 27 eine Reihe von Toiletten gibt. Wie viele Toiletten

insgesamt installiert sind, ist im Grunde genommen irrelevant. Ziemlich relevant ist jedoch, dass sich in den Tiefen dieses Hauses nicht nur eine, sondern sogar zwei Toiletten befinden. Der Zugang zu diesen bleibt den Studierenden jedoch nach wie



vor verwehrt. Da das Klo-Problem nicht neu ist, wurde wohl schon des Öfteren zwischen Studierenden, Dozierenden und Hausverwaltung versucht, zu vermitteln. Geändert hat sich jedoch weder die Klo-Situation noch die Sichtweise der Studierenden. Vermutlich traut man sich einfach nicht, diese beiden luxuriösen Klosetts den Studierenden zu überlassen. Womöglich würden vor lauter Neid noch die Juristen vorbeikommen.

Aber kann es denn so schwer sein, den Studierenden eine Toilette zur Verfügung zu stellen? Reicht nicht allein die Tatsache, dass es im Haus der Lennéstraße 27 nicht ein, sondern sogar zwei freie Toiletten gibt, allerdings keins davon für Studierende zugänglich gemacht wird? Gehört ein Toiletten-Zugang nicht zu den Grundrechten?

Während in Frankfurt oder Freiburg heiß darüber diskutiert wird, Unisex-Toiletten einzuführen, wären wir froh, wir hät-

ten überhaupt einen Locus. Der Gang ins Juridicum erfordert nicht nur jedes Mal aufs Neue eine Riesenportion Mut und Stolz, den es zu überwinden gilt, sondern kostet auch Zeit. Ein Toilettengang während des Seminars ermöglicht es nicht, kontinuierlich und hochkonzentriert dem Dozierenden zu lauschen. Wichtige Informationen können verloren gehen. Ein Toilettengang nach den Seminaren ermöglicht es nicht, pünktlich zur nächsten Vorlesung zu kommen. Sind die Wege in Bonn zwar kurz, ist die Schlange vor der Toilette im Juridicum umso länger.

Und leider ermöglicht es ein Studentenbudget auch nicht, täglich zum Friedrichs-Café zu schlendern, um einen Coffee to go zu kaufen, nur um deren Toilette benutzen zu können. Leider ist die ganze Angelegenheit auch nichts, an das man sich gut gewöhnen kann. Es ist erschreckend, wie schnell die Zeit vergeht und wie schnell man vom ersten in das zweite Semester rutscht. Mittlerweile hatte man Zeit, sich einzugewöhnen und sich mit den Eigenarten der Universität, also mit dem organisierten Chaos vertraut zu machen. An eine Sache wird man sich jedoch wohl nie gewöhnen: die fehlende Toilette im Politikinstitut.

Naja, zum Glück sind bald Semesterferien, da kann man zu Hause das Bad benutzen. Und im kommenden Semester dürfen wir uns dann wieder herzlich amüsieren, wenn sich einige Erstis veräppelt fühlen, wenn sie feststellen müssen, dass die Antwort „Nein.“ auf die fast schon rhetorisch gemeinte Frage, ob es denn im Politik-Institut ein Klo gäbe, kein Scherz ist.

Vielleicht sollte man darüber hinaus auch ernsthaft in Betracht ziehen, in Zukunft bei der Einschreibung zusätzlich Schaukeln zu verteilen.

„Die eigene historische Erfahrung Deutschlands“

von Ann-Mareike Bauschmann

„Ihr Schicksal [der Armenier*innen] steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, (...), ja der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt“, heißt es in der Armenien-Resolution vom 31. Mai 2016. Dass diese Resolution Wasser auf die Mühlen der anti-deutschen Stimmungsmache in der Türkei ist, war zu erwarten - nicht umsonst wurde die Bundestagsdebatte mehrfach terminlich verschoben. Dass der türkische Staatspräsident aber Abgeordnete des deutschen Bundestages diffamiert und verbal attackiert, kam für viele doch unerwartet. Die Tendenz zu nationalistischem Populismus ist aus Ankara seit Jahren bekannt. Ein persönlicher Angriff auf demokratisch gewählte Mitglieder des Bundestages scheint jedoch eine neue Dimension zu sein. Diese Verbalattacken wären einfach nur peinlich, hätten sie nicht ganz reale Konsequenzen für die türkischstämmigen Parlamentarier selbst. Dennoch, wer die Resolution liest, der muss sich zwangsläufig Fragen stellen: Wieso urteilt ein deutscher Bundestag über ein Verbrechen der Jungtürken aus den Jahren 1915/ 1916 in einer Kategorie, in der zudem erst seit Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht wird, namentlich der des Völkermordes? Und warum scheint die Abstimmung gerade in den vergangenen Jahren drängender zu werden? Das sind legitime Fragen, die in keiner Weise den Tatbestand an sich verharmlosen sollen - schließlich besteht in der Wissenschaft ein breiter Konsens darüber, dass es sich bei den Ereignissen um, in heutigen Kategorien gesprochen, einen Völkermord handelt. Es ist richtig, die Geschichte der Armenier*innen zu erzählen und es ist richtig, auf die Verbrechen der Jungtürken zu verweisen. Aber es ist nicht die Aufgabe des Bundestages. Die Aufgabe des Bundestages wäre vielmehr, jenen Institutionen aus Wissenschaft

und Zivilgesellschaft die Mittel zur Verfügung zu stellen, die für Aufklärungsarbeit und Prävention dringend gebraucht werden. Heute, 100 Jahre danach und mindestens drei Generationen später, kann eine Klassifizierung durch die Politik nicht zielführend sein. Dass die Wissenschaft weiter



an gerade diesem Thema arbeitet, ist nicht nur dem Zugang zu Informationen und der Arbeitsweise selbst geschuldet, sondern in erster Linie geradezu notwendig. In der Folge muss die Politik gewährleisten, dass diese Informationen sachlich und im Kontext der Geschichte vermittelt werden.

Die Armenien-Resolution scheint vielmehr eine Grundsatzfrage zu Tage zu fördern: Wie eng soll der Kontakt zwischen Deutschland und der Türkei nun wirklich sein? Wie soll Deutschland mit einem Land umgehen, das wesentliche Bestandteile des europäischen Anspruchs an Demokratie und Meinungsfreiheit in wachsender Anzahl vermissen lässt? Die große Zustimmung der Bürger*innen zur Verabschiedung jener Resolution wirft für mich die Frage auf, was tatsächlich im Vordergrund steht: die Zustimmung zum Sachverhalt selbst oder die Ablehnung der türkischen Regierung? Die Gezi-Proteste, der Umgang mit Journalisten,

die Situation der Kurden, Extra 3 und Böhmermann sind nur ein kleiner Ausschnitt der Schlagworte, die auch bei mir den Blutdruck steigen lassen. Die finale Frage ist aber nicht, ob wir diese Themen artikulieren, sondern wie wir es tun. Das Flüchtlingsabkommen und die Beitrittsfrage sind zweifellos zwei Faktoren, die insbesondere hier ein genaueres Hinsehen notwendig machen. Und dennoch: Wer die Drucksache 18/8613 vollständig liest, spürt ein geradezu deutsches Phänomen: „Die eigene historische Erfahrung Deutschlands zeigt, wie schwierig es für eine Gesellschaft ist, die dunklen Kapitel der eigenen Vergangenheit aufzuarbeiten. (...) Es ist dabei zu unterscheiden zwischen der Schuld der Täter und der Verantwortung der heute Lebenden. Das Gedenken an die Vergangenheit mahnt uns außerdem, wachsam zu bleiben und zu verhindern, dass Hass und Vernichtung immer wieder Menschen und Völker bedrohen.“ Dieser Ansatz fühlt sich gut an, ich finde ihn richtig. Aber es ist ein deutscher Ansatz, basierend auf der deutschen Geschichte. Wir werden weder der Türkei, noch irgendeiner anderen Nation dieser Welt, ein - wie ich es empfinde - besonnenes Geschichtsbewusstsein aufkotroyieren können. Die Türkei ist nicht Erdogan, auch wenn das manchmal so zu sein scheint. Die vergangenen Wahlen haben gezeigt, dass sich fast die Hälfte der Türken gegen die AKP ausspricht - diese 50% gilt es anzusprechen, denn es sind diese Menschen, die einzig in der Lage sind, das System zu verändern. Deutschland darf sich nicht raushalten, aber die deutsche Politik ist in Zeiten von Flüchtlingsströmen und einer durch den Brexit noch instabileren Europäischen Union das Land, das sich der Deeskalation verschreiben muss. Selbst dann, wenn ein Partner der politischen Debatte einen neuen Tiefpunkt beschert.

Bye bye Britain!

von Christiane Suchanek

Nun ist es also doch passiert: der Brexit. Die Tage vor dem Referendum waren wir mit einigen Studierenden in Brüssel und haben Leute aus den unterschiedlichsten EU-Institutionen getroffen. Der Grundtenor war: „Wir wollen, dass die Briten drinbleiben!“ Großbritannien stellt einen mühsamen Partner dar, aber eben einen Partner. Im Gegensatz zu Griechenland und Spanien war es auch nicht der Mittelpunkt der bisherigen EU-Krisen. Das Referendum katapultierte die Briten schlagartig ins Zentrum der Aufmerksamkeit, dem Zentrum der Debatte über das Auseinanderbrechen der EU.

Kaum war das Ergebnis des Votums bekannt, schrien die Niederländer, Dänen, Italiener und andere nach einem eigenen Referendum. Nexit, Däxit und Italexit. Doch da ging ihr Blick noch nicht zur Börse: der Pfund ist abgestürzt auf den tiefsten Stand seit 40 Jahren. Auch der Euro schwächtelt. Die Finanzmärkte stehen Kopf und Großbritannien droht eine Bonitätsabwertung. Zehntausende Briten fordern ein zweites Referendum oder sogar die Unabhängigkeit Londons mit einem Verbleib in der EU. Die größte Frage für alle lautet: Wie geht es nun weiter?

Zunächst einmal wird nichts passieren. Schadensbegrenzung lautet die Devise - auch, wenn Cameron schon seinen Rücktritt für Oktober angekündigt hat. Kontinuität im politischen Alltag steht erst einmal im Vordergrund, während im Hintergrund die Bedingungen für den Austritt verhandelt werden. Nun ist es an der Europäischen Union, Selbstbewusstsein und eine geschlossene Position zu zeigen. Im Grunde hat sie nämlich die bessere Ver-

handlungsposition. Zentrales Interesse für die Briten ist der Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Für die britische Wirtschaft ist dies geradezu überlebenswichtig. Doch gibt es neben dieser großen Frage auch viele weitere kleinere Fragen zu klären.

„Wir haben eigentlich besseres zu tun, als über den Austritt zu verhandeln“ - sagte uns ein Europaparlamentarier in Brüssel.



In der Tat nehmen die Verhandlungen über den Austritt wertvolle Kapazitäten in Anspruch, die besser für andere dringende Fragen genutzt werden könnten: Stichwort Griechenland oder Flüchtlinge. Stattdessen müssen die Bedingungen für einen britischen Sonderstatus ausgehandelt werden. Die Briten werden wohl auch weiterhin sehr enge Beziehungen zur Europäischen Union pflegen, nur ohne Stimmrecht über die gemeinsamen Verträge oder Integrationszwänge.

Die Briten nahmen traditionell eine reservierte Haltung gegenüber tieferer In-

tegration ein. Nun müssen zunächst die Stimmen über ein Auseinanderbrechen der EU abgewehrt werden, danach bietet das britische „Out“ die Chance für wichtige Reformen. Der Brexit hat gezeigt, dass die Bürger sich eine Veränderung der EU wünschen. Eine Reform des Wahlrechts zum Kommissionspräsidenten, ein Initiativrecht für das Europaparlament und andere Reformen könnten nun durch den Verlust eines Veto-Spielers wie Großbritannien erfolgreich angestoßen werden. Wenn nicht tatsächlich noch mehr Austrittsreferenden stattfinden sollen, so muss auch die EU weiter an sich arbeiten.

Das Vereinigte Königreich wird nun in den nächsten zwei Jahren über den Austritt verhandeln, aber es ist noch nicht alles entschieden. Während sich die ältere Generation wohl über ihre Befreiung von den „neoliberalen europäischen Technokraten“ freut, ärgern sich besonders die jungen Briten. Sie wären gerne in der EU geblieben. Nur 24% der 18 bis 24-jährigen war für den Austritt. Diese Generation bestimmt die Zukunft von Großbritannien, nicht die Generation 65+, die mehrheitlich für einen Austritt war. So zeigt dieses Ergebnis auch, dass die Jungen zukünftig für eine erneute Annäherung an die Union eintreten könnten.

In Großbritannien wählten Irland und Schottland für den Verbleib in der EU, womit die Briten nun auch die inneren Zerreißkräfte abwehren müssen. Auch die Turbulenzen auf den britischen Märkten werden vielen Leave-Befürwortern zu denken geben. Der Brexit heißt zwar somit für den Moment, aber vielleicht nicht für immer: „Bye bye Britain!“

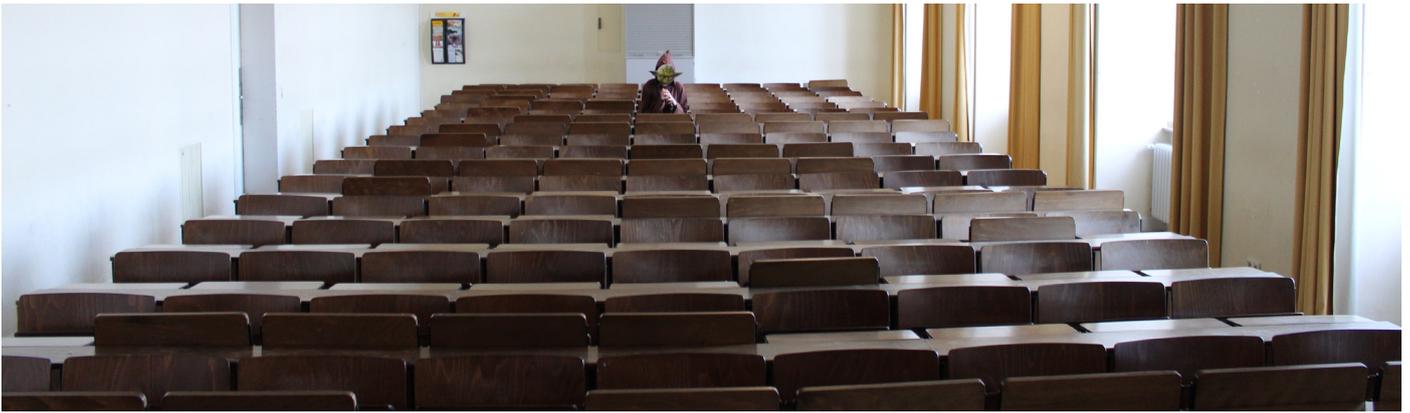
Age Group	Median Age	Remain	Leave	Life Expectancy	Average number of years they have to live with the decision
18-24	21	64%	24%	90	69
25-49	37	45%	39%	89	52
50-64	57	35%	49%	88	31
65+	73	33%	58%	89	16

Polling Data = YouGov, 1652 people, 17-19th June 2016

Life Expectancy based on ONS pension planner life expectancy estimator

Average 65+ year old was estimated to be 73 using ONS age distribution data

Those who were undecided or wouldn't say have been excluded.



Die Evaluation – eine Pflichtübung für das Ministerium?

von Irina Meier

Die Studierenden wollen eine gute Lehre. Das war auch das Titelthema unserer letzten Ausgabe. Der erste Schritt zur Verbesserung der Lehre ist die vom Wissenschaftsministerium geforderte Evaluation der Lehrveranstaltungen. Aus den Evaluationsergebnissen sollen im Nachgang entsprechende Maßnahmen folgen. Wir sprachen mit Professor Jörg Blasius über den Stellenwert der Evaluation an unserem Institut.

Politicum: Guten Morgen, Herr Professor Blasius. Schön, dass Sie sich die Zeit für ein Interview genommen haben. Sie sind Vorsitzender der Evaluationsprojektgruppe am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie. Welche Bedeutung und welchen Nutzen hat die Evaluation für Sie persönlich?

Herr Blasius: Für mich persönlich hat sie eher einen geringen Nutzen. Es gibt ein paar Fragen im Evaluationsbogen, zu denen ich mir immer die Ergebnisse von mir und meinen Mitarbeitern ansehe. Anhand der Ausreißer sieht man, wer richtig schlechten Unterricht macht und nicht gut vorbereitet ist. Letzteres kann ein Ausschlusskriterium sein. Aber im Augenblick ist bei meinen Mitarbeitern und Lehrbeauftragten alles im grünen Bereich.

Welche Fragen sind das?

Die drei wichtigsten Fragen sind die nach der fachlichen Kompetenz des Dozenten, ob er gut vorbereitet und ob er gut erreichbar ist. Alle anderen sind für mich persönlich eher unwichtig.

Haben Sie schon Konsequenzen aus Ihren Evaluationsergebnissen oder denen ihrer Mitarbeiter gezogen?

Ja, ich hatte vor etwa acht bis zehn Jahren eine Mitarbeiterin, die sehr schlecht bewertet wurde. Daraufhin habe ich mit der Mitarbeiterin gesprochen und sie sagte, ihr gefiele der Kurs nicht. Das war eine Übung zur Vorlesung „Einführung in die Statistik“. Somit haben wir uns getrennt. Bei meinen eigenen Evaluationsergebnissen sehe ich mir auch die einzelnen inhaltlichen Kommentare an und schaue, was die Studierenden möchten. Wenn dann viele Studierende angeben, ich würde zu viele Witze machen oder zu viel reden, dann passe ich meine Verhaltensweisen entsprechend an. Ich habe dieses Semester aufgrund der Kritik vom letzten Semester mein Skript wesentlich verkürzt, weil es den Studierenden zu ausführlich war. Das Ganze hat auch etwas Positives: Um den Skriptinhalt zu verstehen, müssen die Studierenden zur Vorlesung erscheinen. So steigt die Teilnehmerzahl und es gibt weniger Nachfragen nach den Inhalten, die in der Stunde zuvor ausführlich be-

handelt wurden. Das ist auch eine Möglichkeit, um die Anwesenheitspflicht indirekt wieder einzuführen und eine gewisse Verbindlichkeit zu schaffen.

Inwiefern hat die Evaluation die bisherige Lehre an unserem Institut verbessert? Schließlich ist das der eigentliche Zweck der Evaluation.

So gut wie gar nicht, von Ausnahmen einmal abgesehen. Wenn man zum Beispiel Kleinigkeiten an sich selbst verändern möchte oder wenn man sieht, wo es überhaupt nicht funktioniert. Letzteres ist der Hauptgrund für die Evaluation. Meistens haben Sie Ergebnisse, die alle im gleichen Bereich liegen. Wenn ich mir die Evaluierung meiner Übungen zur Vorlesung „Einführung in die Statistik“ ansehe, dann passiert da so gut wie gar nichts. Alle Mitarbeiter und Lehrbeauftragten werden nahezu identisch bewertet. Wenn zum Beispiel der eine Mitarbeiter einen Mittelwert von 2,3 und der andere einen von 2,5 hat, dann kann man nicht sagen, dass der eine besser ist als der andere. Das ist alles im mittleren Bereich.

Wenn zwei, drei Studierende schlechter bewerten als die anderen, dann fühlen sie sich vielleicht schlecht behandelt oder sie kommen mit dem Dozenten nicht zurecht oder umgekehrt. Dafür kann der Dozent nichts und das ist dann eben so. Gerade im Bereich Statistik und Methoden gibt es fast immer wesentlich schlechtere Bewertungen als in anderen Bereichen, weil viele Studierende dieses Fach nicht mögen. Das ist übrigens nicht nur so in Bonn, das gilt auch für meine Kollegen innerhalb und außerhalb Deutschlands.

Momentan beschäftigt sich die Evaluationsprojektgruppe mit der Überarbeitung der Evaluationsbögen. Wie stehen Sie dazu? Sind die Bögen verbesserungswürdig?

Wir führen marginale Verbesserungen durch. Eine Verbesserung ist die Vereinfachung, weil wir jetzt Fragebögen für den Bachelor und Master zusammenfassen. Das ist eine sinnvolle arbeitstechnische Verbesserung, mit der die Arbeit der Fachschaft etwas vereinfacht wird, die aber für die Evaluierungsergebnisse keine Bedeutung hat.

Einige Änderungsvorschläge wurden wieder verworfen. Was war an ihnen problematisch?

Ja, das waren Fragen, die nicht den Vorgaben der empirischen Sozialforschung entsprachen. Wenn zum Beispiel Fra-

gen gestellt werden, die so nicht gestellt werden dürfen oder sollten, weil sie unkorrekt formuliert sind. Fragen dürfen zum Beispiel nie unklar formuliert sein, sie dürfen nie etwas voraussetzen. Wenn irgendwelche Annahmen in der Frage impliziert getroffen werden, kann man das nicht fragen. Das wäre eine unzulässige Unterstellung in der



Frage, mit welcher die Ergebnisse verfälscht werden. Was Fragebogenformulierung angeht, sollten wir hier an der Universität die besten sein, zusammen mit den Psychologen.

Sie sagten zuvor, dass die Evaluation nur einen geringen Nutzen hat und kaum etwas verbessert, außer im Falle sehr schlechter Bewertungen. Würden Sie daher sagen, dass die Evaluation

eine Pflichtübung ist, die uns vom Ministerium auferlegt wurde?

Ja, es ist vielfach eine Pflichtübung für das Ministerium. Das stimmt.

Gibt es kritische Stimmen hinsichtlich der Evaluation von Seiten des Mittelbaus oder anderen Mitarbeitern am Institut?

Es gibt wenige kritische Stimmen. Das sind zudem meistens diejenigen, die sich beschwerten, weil sie schlecht evaluiert wurden.

Aber nicht aufgrund des Evaluationsbogens?

Es hat nichts mit dem Evaluationsbogen zu tun. Wie gesagt, der ist sehr gut.

Sind Sie mit der bisherigen Arbeit der Evaluationsprojektgruppe zufrieden?

Ja, ich bin mit der Arbeit zufrieden.

Wie stellen Sie sich die weitere Arbeit der Evaluationsprojektgruppe vor? Soll alles so bleiben wie es bisher ist oder gibt es da von Ihrer Seite irgendwelche Wünsche?

Nein, es läuft gut in der Evaluationsprojektgruppe. Es gibt keine Probleme.

DU BIST DIE FACHSCHAFT.

Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst? Du hast Startschwierigkeiten oder ein anderes Problem? Dann wende Dich an uns! Wir helfen Dir weiter oder wissen zumindest, von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib eine E-Mail. Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden, mit interessanten Menschen etwas bewegen, anderen helfen oder Artikel verfassen? Du möchtest einen

Vortrag organisieren, eine Podiumsdiskussion? Oder eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion? Einen Themenabend, eine Vortragsreihe? Du planst eine Exkursion? Du weißt, was Dich stört und Du willst Dinge verändern? Bring Dich ein und probiere Dich aus! Du wirst überrascht sein, was alles möglich ist! Komm in unsere Sitzung und bring Deine Ideen ein. Jeden **Mittwoch** im Semester um 20 Uhr c.t. im **großen Übungsraum** des Instituts oder schreib uns eine E-Mail:

sprechstunde@fs-sozpol.de



WE WANT YOU



Politicum • Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

Die in den einzelnen Artikeln vertretenen Meinungen spiegeln nicht die Ansicht der Redaktion oder der Fachschaft Politik und Soziologie wider. Die Autor*Innen sind für den Inhalt ihrer Beiträge ausschließlich selbst verantwortlich.

REDAKTIONSANSCHRIFT
Fachschaft Politik und Soziologie
Redaktion Politicum
Am Hofgarten 15
D-53113 Bonn
politicum@fs-sozpol.de
www.fs-sozpol.de

ERSCHIENEN AM
15. Juli 2016

HERAUSGEGEBEN VON
Fachschaft Politik und Soziologie

CHEFREDAKTEURIN (V.i.S.d.P.)
Aileen Völlger

DRUCK
Universitätsdruckerei der Universität Bonn,
Auflage: 250

LAYOUT
Aileen Völlger

TITELBILD
Aileen Völlger (Motiv: pixabay.com)

MITARBEIT
Fachschaft Politik & Soziologie

MIT BEITRÄGEN VON
Ann-Mareike Bauschmann, Nora Benz, Jennifer Bickhofe, Magnus Bolten, Julian Brummer, Debora Eller, Chris Jäntsch, Samuel Gönner, Katharina Hueske, Irina Meier, Janosch Ptassek, Christiane Suchanek, Aileen Völlger, Hannah Welter